

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

70 (23.3.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 6 Mk., Postbezug monatlich 6 Mk. 50 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 30 Pfg.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204



Die einpaltige Beizeile oder deren Raum 80 Pfg., Reklamezeile
2 Mk. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 9 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Plagoochrischen und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr 70

Donnerstag, den 23. März 1922

93. Jahrgang.

Tagespiegel.

Die Reparationskommission hat Deutschland einen Zahlungsausschub gewährt, gleichzeitig aber Steuererhöhungen gefordert und eine Steuer- und Ausgabe-kontrolle angekündigt.

Vom „Vorwärts“ wird Professor Aereboe in Hohenheim als Kandidat für den Reichsernährungsministerposten genannt.

Die Besprechungen zwischen Poincaré, Lord Curzon und Schanzer werden am Mittwoch in Paris beginnen.

In Dresden veranstaltete der Bürgerausschub eine Kundgebung für das Saargebiet, in der eine mannigfaltige Entscheidung angenommen wurde.

Frankreich und Italien.

Der Corriere della Sera, der bisher von allen italienischen Blättern am eifrigsten und konsequentesten für die Erhaltung des englisch-französisch-italienischen Einverständnisses eingetreten ist, wendet sich in einem langen, am 18. März veröffentlichten Leitartikel mahndend an Frankreich. Italien werde nicht allein durch ideologische Überlieferungen, sondern zugleich durch gebieterische Notwendigkeit zu einer Politik der europäischen Verständigung getrieben; nicht reich an Haß, sei es sehr arm an Hoffnungen, und es sehe vor sich nur Verarmung und Verfall, wenn nicht an allen Grenzen sich die vertrauensvolle Lebensfähigkeit des wirtschaftlichen Austauschs wieder entwickle. Frankreich dagegen könne für sich leben. Sporna habe zu Militerand gesagt, daß ein italienisch-französisches Zusammengehen notwendig sei, „auch für das zukünftige gemeinsame Zusammengehen Europas“, und Militerand habe darauf erwidert, daß es im Interesse des Weltfriedens notwendig sei. In diesen beiden Ausdrücken liege ein ebenso großer Unterschied wie zwischen einem formellen in den Protokollen veriegelten Frieden und einem wahren Frieden, der wirklich in die Herzen hinabgestiegen sei. Die geschichtliche Erziehung Frankreichs gehe auf Vorherrschaft, die Italiens auf Gleichheit. Trotzdem müßten beide Völker auf dasselbe Ziel hinarbeiten. Frankreich könne sich nicht isolieren und dauernd die Last von ganz Europa auf sich nehmen. Ein Zusammengehen sei nur auf dieser Basis möglich; die Italiener müßten die Ungebild nach einer europäischen Erneuerung jüdeln und die Franzosen ihren Widerstand abkämpfen; mit andern Worten, man müsse auf beiden Seiten genau abgestufte und abgemessene Opfer bringen. Die hauptsächlichste Forderung, die die öffentliche Meinung Italiens an Frankreich stelle, sei folgende: man wolle in Italien die Ueberzeugung haben, daß ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Italien von Frankreich als wünschenswert und unbedingt notwendig angesehen werde. Frankreich scheine es aber nur als nützlich und angenehm zu betrachten. Es suche die Zustimmung für die Ordnung der europäischen Dinge eher in Amerika und in England als in Italien, und manchmal sogar eher in der Tschecho-Slowakei und in Polen als in Italien. Es mißfalle Frankreich noch immer, Italien auf gleichem Fuße zu behandeln. Wie die große Revolution die Vorrechte der Klassen, so habe der große Krieg die Vorrechte gewisser Nationen beseitigt. Heute sei Italien nach Frankreich die stärkste Kontinentalmacht. Wenn Frankreich diese Tatsache anerkenne, möge es danach handeln.

Das Urteil der Reparationskommission.

Paris, 22. März.

Die Reparationskommission, die gestern die Beratungen über die Antwort auf das deutsche Moratoriumsgesuch fortgesetzt hat, ist im Laufe des Abends zu einer definitiven Entscheidung gekommen, die in einer Schlußfassung gegen 10 Uhr abends von den Delegierten sämtlicher beteiligten Mächte unterzeichnet, angenommen und unterzeichnet wurde. Die Kommission hat die deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 auf 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark Sachlieferungen festgesetzt. Aus den letzteren sind auch die Kosten für die Besatzungstruppen zu bestreiten. Außerdem hat die Kommission in die Garantien und Kontrollmaßnahmen gewilligt, die Deutschland zugleich mit dem Zahlungsausschub auferlegt werden sollen. Dieser Zahlungsausschub ist nur provisorisch und an die Erfüllung der beschlossenen Maßnahmen geknüpft. Der Text, der von der Reparationskommission getroffen und in der Entscheidung ist noch in der Nacht nach Berlin und an die Kabinette der verbündeten Regierungen mitgeteilt worden und soll veröffentlicht werden, sobald diese davon Kenntnis haben.

Ueber die Entscheidung der Reparationskommission meldet das Wolff-Büro noch weiter:

Dinsichtlich der Finanzreform erklärt die Reparationskommission in einem an den Reichskanzler gerichteten Schreiben, daß das Steuerkompromiß weder den Verprechungen Deutschlands, noch seiner Zahlungsmöglichkeit entspreche (!!!). Die Reparationskommission stelle daher in klarer Weise fest, daß sie eine tiefgehende Finanzreform und ein Aufgeben der bisher begangenen Irrtümer erwarte. Das

Budget der aus dem Friedensvertrag entstandenen Lasten lasse ein Defizit von 171 Milliarden Papiermark bestehen. Der provisorische Anschlag, der heute von der Reparationskommission für die Zahlungen des Jahres 1922 gewählt worden sei, werde dieses Budget um etwa 45 Milliarden vermindern, aber die Budgetberechnung sei zu einem Anschlag von 45 Papiermark für eine Goldmark gerechnet, während der Tageskurs 70 Papiermark sei. Das Nettodefizit von 126 Milliarden werde also weit überschritten werden, es sei denn, daß eine wesentliche Verbesserung des Wertes der Papiermark eintrete. Es sei erklärt worden, daß das Reich sich annehme, eine innere Zwangsanleihe aufzulegen, aber der Reparationskommission sei kein Plan vorgelegt worden, der befriedigende Garantie dafür biete, daß den Verpflichtungen Genüge geleistet werden könne. Deshalb sei die Reparationskommission der Ansicht, daß die Lasten aus dem Friedensvertrag progressiv und inell in das Budget aufgenommen werden müßten und zwar in dem vollen Maße, in dem die Einkünfte Deutschlands es gestatteten, und daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten anbringen müßte, entweder

auf dem Wege der Anleihe oder der direkten Besteuerung.

Die Reparationskommission sei der Ansicht, daß schon das Budget von 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen bede und der andere Teil durch eine Kapitalsteuer aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die heutige Entscheidung getroffen worden.

1. Was das Budget

betreffe:
a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Jan. angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitpunkt festgesetzt worden sei, müßten zu dem festgesetzten Datum ergriffen werden. Sollte diese Frist nicht auf den Augenblick eingehalten werden, dann müßten die Maßnahmen innerhalb 11 Tagen erfolgen.
b) Die neuen Steuern und Lasten, die im Programm vom 26. Januar 1922 aufgeführt seien, und die in Deutschland unter dem Namen „Steuerkompromiß“ bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt sein.

c) Die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zusatzsteuerentwurf ansarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Laufe des Budgetjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zusätzlich der Einnahmen, die das ganze Budget vorseh, erbracht werden. Dieser Gehaltentwurf müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Eingang von 40 Milliarden Zuzugseinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicher stellen.

2. Was die Kontrolle

anbetreffe:
a) Alle gesetzgeberischen und Verwaltungsmassnahmen auf Grund der getroffenen Entscheidung der Reparationskommission sind dieser sofort mitzuteilen. Die Reparationskommission wird durch den Garantenausschub eine ziemlich umfangreiche Kontrolle ausüben lassen, damit sie in jedem Augenblick genaue Nachricht über den Eingang der Steuern, ablegen könne. Die Entscheidungen der Reparationskommission erstrecken sich auch auf die Ausgabeverminderung. Hierbei sei vorzusehen, daß im April eine Revision des Ausgabebudgets erfolgen soll. Außerdem wird verlangt, daß bis zum 30. April das

Projekt einer inneren deutschen Anleihe vorgelegt und in das Studium der Vorbedingungen für die Auflegung einer äußeren Anleihe eingetreten werde.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild.

Am Mittwoch lag dem Reichstag zunächst eine deutschnationale Interpellation vor, in der Einspruch erhoben wurde gegen die Entscheidung der Interalliierten Kommission, wonach 5 Weichselböden der Polen überlassen werden sollen. Die Interpellation wird demnächst beantwortet. Dann wurden einige kleine Verträge über die Einberleibung kleinerer Staaten erledigt. Der Reichstag setzte dann die 2. Lesung der Steuervorlage fort und behandelte zunächst die Kapitalverkehrssteuer. Hier handelt es sich zunächst um eine Gesellschaftsteuer, eine Wertpapiersteuer, eine Börsenumsatzsteuer und eine

Aufsichtsratssteuer. Die Kommunisten verlangten wiederum eine scharfe Erhöhung der einzelnen Sätze. Die Gesellschaftsteuer wurde auf 7 Prozent des Wertes des Gegenstandes festgesetzt. Die Vorlage wurde unverändert angenommen, ebenso alle anderen Gegenstände des Kapitalverkehrsgesetzes. Nur die Strafe für das Fälschen der Steuerzeichen wurde von 10 000 M. auf 100 000 Mark heraufgesetzt. Empfohlen wurde die Ausgabe von Kleinaktien für Arbeiter und Angestellte. Der Reichstag beschäftigte sich dann mit der Umsatzsteuer, die 2 Prozent betragen soll. Es entspann sich dann eine längere Aussprache über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Steuer. Die Kursumsteuer wurde in ihrer bisherigen Gestalt gelassen. Ein U.S.B.-Antrag auf Steuerlosigkeit der Genossenschaften wurde abgelehnt.

Deutschland.

Berlin, 23. März. Nach einer Information der „B. Z.“ wird angenommen, daß außer dem Führer der deutschen Delegation, dem Außenminister Dr. Rathenau, noch der Finanzminister Dr. Gernies und als Vertreter der Sozialdemokraten wahrscheinlich Reichswirtschaftsminister Schmidt nach Genua gehen werden. Die deutsche Hauptdelegation wird aber mehr als drei Köpfe umfassen. Sie wird wahrscheinlich um zwei oder drei Staatssekretäre vermehrt werden. Es ist wahrscheinlich, daß auch Reichskanzler Dr. Wirth der Eröffnung der Konferenz beizuwohnen wird. Die Hauptdelegation wird von mehreren Sachverständigen-Ausschüssen begleitet sein. Es werden Ausschüsse für die verschiedenen Zweige, wie europäischer Wiederaufbau, Wirtschafts-, Finanz-, Handels- und Transportwesen gebildet werden. Ueber die Persönlichkeiten, die in diese Ausschüsse ernannt werden, ist noch nichts endgültig beschlossen.

Berlin, 22. März. Nach einer Erklärung des Reichsverkehrsministers Gröner in der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses sind wegen der Beteiligung am Streik rund 350 Disziplinarverfahren anhängig gemacht und 120 bis jetzt eingestellt worden. Von Kündigungen bei kündigt angeestellten Beamten sind insgesamt 233 aufrecht erhalten worden.

Berlin, 22. März. In der Beratung des Erats des Reichsverkehrsministeriums im Hauptausschuß des Reichstages berichtete Reichsverkehrsminister Gröner über die gegenwärtige Situation der Reichsbahnen. An Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials stellte er fest, daß der Fehlbetrag, der im vorigen Jahr noch vorhanden war, jetzt beseitigt ist. Er bezeichnete es als eine Aufgabe der Eisenbahnverwaltung, auch in diesem Jahr mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit dafür zu sorgen, daß der Haushalt im Gleichgewicht bleibt. Was die Aussichten der Reichseisenbahnen angehe, so bekannte sich Gröner zu der Ueberzeugung, daß das Unternehmen der deutschen Eisenbahnen in seinem inneren Kern absolut gesund sei auch finanziell. Es bedürfe nur einer gewissen Zeit, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen. Er richtete an die beteiligten Wirtschaftskreise den Appell, in Verkehrsangelegenheiten mit dem Verkehrsministerium mehr als bisher zusammenzuarbeiten. Der Minister schloß mit der Hoffnung, daß in wenigen Jahren dem Deutschen Reich ein Eisenbahnnetz zur Verfügung stehe, das allen Ansprüchen gewachsen sei.

Berlin, 23. März. Wie die „B. Z.“ hört, ist die Deutsche Volkspartei gewillt, die Berufung des jetzigen preussischen Staatskommissars für Ernährung an die Spitze des Reichsernährungsministeriums zu unterstützen. Mit Dr. Hagedorn's Wahl wäre aber auch der von der Volkspartei wiederholt vertretenen Forderung der Berufung von Fachministern Rechnung getragen. Staatssekretär Dr. Hagedorn, der aus dem preussischen Verwaltungsdienst hervorgegangen ist, wurde im Juli 1916 mit der Leitung der Reichsgesellschaft betraut, unter gleichzeitiger Berufung als Referent des Kriegsernährungsamtes. Im Juli 1920 wurde Hagedorn unter Beibehaltung seines Amtes zum ständigen Vertreter des Reichsernährungsministers in seiner Eigenschaft als preussischer Staatskommissar für Volksernährung berufen. Einer etwa kommenden Koalition ist durch eine endgültige Ernennung Hagedorn's keineswegs der Weg verbaut, da sich die Volkspartei darüber klar ist, daß für den Fall des Zustandekommens der Koalition Hagedorn als Vertreter der Deutschen Volkspartei aussersehen sein wird. In den jetzigen Verhandlungen der Ernährungsminister der Bundesstaaten in Berlin nimmt Dr. Hagedorn noch in seiner Eigenschaft als preussischer Staatskommissar teil.

Berlin, 22. März. Dr. Wiedfeld, der für den deutschen Volksparteiposten in Washington bestimmt war, hat das Agreement der amerikanischen Regierung erhalten.

Berlin, 22. März. Wie bereits mitgeteilt, wird Dr. Rathenau in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses eine Erklärung über das Bemelman-Abkommen abgeben. In parlamentarischen Kreisen legt man dieser Sitzung außerordentliche Bedeutung bei, da man befürchtet, daß die Deutsche Volkspartei ihre

Programmforderung, bedeutsame Verträge nicht ohne Zustimmung des Reichstages abzuschließen, aufrecht erhält und daß bei einer die Deutsche Volkspartei nicht befriedigenden Erklärung Rathenaus neue Kompensationen für das Zustandekommen des Steuerkompromisses entstehen.

Berlin, 21. März. Der Bezirk Berlin-Brandenburg der kommunistischen Partei veranstaltete gestern auf dem Schloßplatz eine Demonstration gegen das Steuerkompromiß gegen die Sinnes-Wirth-Regierung, gegen den Abbau des Achtstundentages, gegen Lohnbrüder, Feinerung und Steuerdruck und gegen die unerbörte Klassenjustiz.

Berlin, 22. März. Wie der „Kolonialzeiger“ aus Paris berichtet, hat laut „New York Herald“ der Entschluß des Präsidenten Harding, die amerikanischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuführen, in französischen politischen Kreisen eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen, da man bisher geglaubt hat, daß dieser Rückzug nur langsam vor sich gehen und eine gewisse Anzahl amerikanischer Truppen am Rhein verbleiben werde. Man nimmt an, daß dieser plötzliche Umkehrpunkt durch den jüngsten Zwischenfall Boyden hervorgerufen worden war. Die Frage, ob die amerikanischen Truppen durch französische oder belgische Truppen abgelöst werden, wird von der Rheinlands-Kommission entschieden werden, die auch die amerikanischen Militärbehörden ersuchen wird, ihr die Lagerhäuser und Heeresbestände der amerikanischen Armee abzutreten.

Köln, 21. März. Die französische Bauarbeiterabordnung, welche Deutschland zum Studium für die Bauhütten zum Zwecke des französischen Wiederaufbaues bereift, ist in Köln eingetroffen. Der Aufenthalt der unter der Führung von Jouhaux stehenden Abordnung war von großer Dauer. Die französischen Gäste führen über Düsseldorf nach Essen weiter und werden sich dann nach Berlin begeben, wo sie mit der Reichsregierung eine Besprechung herbeiführen wollen.

Zur Flugzeuglandung auf der Zugspitze.

Zu der Flugzeuglandung auf der Zugspitze wird noch gemeldet, daß der bayerische Fliegerhauptmann Haller mit seinem beiden Begleitern infolge neu eingetretener Schneefälle nicht allzu glücklich war. Die mitgenommenen Lebensmittel sind äußerst knapp. Auch die Anordnung hat keine Vorteile an sich. Träger mit Lebensmitteln sind nun trotz des schmelzenden Schnees vom Meintal aus aufgebracht, doch erscheint es fraglich, ob sie bei den ungenügenden Schneehöhen und der großen Lawengefahr bis zu den Einseimelten durchbringen werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Niederschläge mindestens noch zwei Tage anhalten. Aus den rationierten Beständen des Anstaltshauses können jedoch im Falle äußerster Gefahr Lebensmittel abgeben werden. Hauptmann Haller ist am Dienstag von der Anordnung auf Schneeschuhen auf der Suche nach den Lebensmittelträgern in das Meintal abgefahren. Die Flugzeugabfertigung in München hat ein Kommando von einem Offizier und sechs Mann mit Lebensmitteln nach der Anordnung geschickt. Das Kommando hat den Auftrag, das Flugzeug abzumontieren und die wertvollsten Teile zu Tal zu bringen.

Ausland.

Vasel, 21. März. Zwischen der Schweiz und Polen schweben zurzeit Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsabkommens. Man rechnet damit, daß diese Verhandlungen binnen kurzem abgeschlossen werden können.

Genf, 22. März. Gestern begann Präsident Casloner seine Vermittlungsverhandlungen zwischen den deutschen und den polnischen Bevollmächtigten, die jedoch gleichzeitig ihre unmittelbaren Verhandlungen miteinander fortsetzten. Dabei gelang es in einem der weniger schwierigen Streitpunkte, der Frage des Verkehrs über Kreuzburg, eine Einigung zu erzielen. Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten sollen heute fortgesetzt werden. Vieles ist ergebnislos oder ist eine Einigung nicht überall zu erreichen, so wird für die ungelösten Fragen am Donnerstag mittag das vorgesehene Schiedsverfahren mit einer öffentlichen Vollziehung der Kommission eröffnet. Der Schiedsspruch soll dann etwa zwei Tage später verkündet werden.

Wien, 21. März. Die englische Gesandtschaft hat es abgelehnt, das von den ungarischen Monarchisten

vorgelegten überreichte Gesuch an den König und die Königin von England zugunsten der Familie des Erzherzogs Karl weiterzuführen und hat das Gesuch an die Wittsteller zurückgeschickt.

Paris, 22. März. Nach dem „Matin“ sind in den zerstörten Gebieten Frankreichs von der Metallindustrie heute wieder 60 Prozent der zerstörten Betriebe in Tätigkeit. Bei den Kristall- und Glashütten, den Möbelfabriken und Papierfabriken waren 1921 bereits 65 Prozent der Schäden ausgebessert. Die Zahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter beträgt 72 Prozent des Standes in den letzten Friedensjahren. Bei der Textilindustrie haben von 684 zerstörten Fabriken 489 den vollen und 92 den teilweisen Betrieb wieder aufgenommen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt 58 000 gegen 74 000 vor dem Kriege.

Paris, 22. März. Auf den hiesigen chinesischen Gesandten wurde vorgestern Abend ein Attentat verübt. Unmittelbar nachdem sich das Auto, in dem sich der Gesandte nach Hause begeben wollte, in Bewegung gesetzt hatte, fielen 4 Schüsse, von denen einer dem Begleiter des Gesandten eine Kopfverletzung beibrachte. Der Täter, ein chinesischer Student, konnte ermittelt werden. Man vermutet, daß es sich um ein politisches Attentat handelt, indes sind die Motive der Tat noch nicht geklärt.

London, 22. März. In Erwiderung auf eine Anfrage im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain, daß die Konferenz von Genoa unwiderruflich am 10. April eröffnet werde. England werde auf dieser Konferenz durch Lord Curzon und Sir Robert Horne vertreten sein. Chamberlain fügte hinzu, der Premierminister werde nach seinen Ferien, die ihm sein Arzt verordnet habe, seinen Platz an Regierungssitz am 3. April wieder aufnehmen, und er werde dann unbeeinträchtigt im Unterhaus seine Auffassung, die die englische Regierung auf der Konferenz von Genoa zu vertreten gedenkt, auseinandersetzen. Die Regierung habe die Absicht, eine Tagesordnung vorzulegen, die die Feststellung ermöglicht, ob die Regierung das Vertrauen des Hauses besitzt oder nicht.

Badischer Landtag.

Die gestrigen Vormittagsberatungen des Landtags verlor sich allzu sehr in Einzelheiten. Es kann nicht Aufgabe des Landtags sein, auf alle Wünsche und Anregungen, die nur den Interessen einzelner entzpringen, einzugehen. Ermüdend wirkten die hundertlangen Besprechungen über Wünsche des Personals in den Deil- und Plegeanstalten. Es äußerten sich die Abgeordneten Naich (Soz.), Großhans (Soz.), Schöfer (Str.), Wüth (Soz.), Glodner (Dem.). Minister Kemmele erwiderte:

Mehr Interesse dürfte die Meinung einzelner Abgeordneter über das

Aufleben in Baden-Baden

erregen für die Anhalten des badischen Staates in Baden-Baden sind rund 6 Millionen jährliche Ausgaben vorgesehen; Einnahmen werden rund 4 Millionen erwartet.

Der Abg. Weber-Baden-Baden (Volksp.) wies auf die Segnungen der Bäder in Baden-Baden hin. Ueber die Auswüchse in Baden-Baden seien nicht nur die Arbeiter, sondern viele Teile der Bürgerschaft aufgebracht. Daß in Baden-Baden viel Luxus getrieben werde, sei unbestreitbar. Dieser Luxus werde aber zu Steuern herangezogen. Man dürfe die Dinge nicht einseitig sehen; in den Bädern finden auch viele weniger Bemittelte Genesung.

Abg. Wüth (Soz.) erklärt, die Mithilnahme gegen den übertriebenen Luxus in Baden-Baden, gegen die Lebensmittelanstalten in Baden, die sich auf ganz Mittelbaden erstrecken, ist auch in Achern, Bühl, Diersburg stark fühlbar. Und wenn die Zustände in diesem Sommer wieder berart werden, wie im letzten, dann werde sich die Arbeiterklasse dagegen wehren. Die Badener Hotels hätten in jedem Dorf Mittelbadens ihre Anstalten; Eier, Butter usw. würden in Kraftwagen nach Baden-Baden gebracht. Während der Karnevalzeit sei der Luxus am stärksten gewesen, man müsse sich wundern, daß die Badener Bürger sich das alles gefallen lassen.

Abg. Dr. Baumgartner (Str.) meint, der Kritik an dem Badener Kurleben kann man zustimmen, man dürfe aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Der Luxus komme von den Ausländern, auf die wir heute nicht verzichten können.

Der Titel „Badeanstalten“ wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen.

Karlsruhe, 22. März. Zu Beginn der Mittwoch-Vormittagsung wurde auf eine von sozialdemokratischer Seite gestellte kurze Anfrage über die Beteiligung der Bekommen von einem Reitermaschinverleiher beantwortet, es sei der Be-

gierung bekannt, daß in einer Reihe von Gemeinden der den Bekommen bezahlten Bezüge unzulänglich seien, u. das Ministerium des Innern habe durch die Bezirksämter auf die Gemeinden einzuwirken gesucht, damit diese Bezüge der Geldentwertung angepaßt werden.

Hierauf wurde die Ausprache über den Titel „Handel und Gewerbe“ im Voranhang des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Abg. Maier (D.-Str.) führte aus, diese Ausprache habe eigentlich keinen besonderen Wert, weil der Landtag das Grundübel, das Handel und Gewerbe in ihrer Tätigkeit hemme, nicht beseitigen könne. Dieses Grundübel liege im Verfall der Betriebe. Die Zwangsanleihe werde dem Kurs der Markt den Todesstoß verleihen. — Abg. Albet (Str.) besprach einige Lehrlingsfragen und wünschte, daß der Lehrling, wenn irgend möglich im Hause des Meisters Aufnahme finden sollte. Den Handels- und Fortbildungsschülern sollte man ganz energisch das Hausen verbieten. — Abg. Etod (Soz.) befaßte sich ebenfalls mit der Lehrlingsfrage und trat ebenfalls dafür ein, daß der Lehrling beschäftigt werde, aber man müsse ihm doch ein wenig Freiheit lassen. In dem Achtstundentag auch für Handwerker und Gewerbe lasse die Sozialdemokratie nicht rütteln.

Minister Kemmele legte die Stellung der Regierung zu den Bezirkswirtschaftsräten dar, und erklärte, wenn Baden, Württemberg und die Pfalz für einen Bezirkswirtschaftsrat nicht in Frage kämen und die Bezirke kleiner gestaltet würden, werde Baden einen eigenen Bezirkswirtschaftsrat bilden. Die badische Regierung und der Landtag könnten keine Entscheidung treffen, die Frage müsse ohne Uebereilung gelöst werden. Die schnelle Gesetzgebung müsse ein Ende haben.

Im Folgenden erörtern die Abg. Albet (Str.) und Schrant (D.) einige Einzelwünsche des Gewerbes. Der letztgenannte Redner sprach sich vor allem gegen die stehenden Warenlager aus. Abg. Bod (Komm.) erklärte, seine Partei werde irgendetwelche Konzeption zur Erweiterung des Achtstundentages nicht machen. — Abg. Seurich (Str.) wandte sich gegen die äußere Finke und den von ihr gepredigten Klassenhaß. — Im Folgenden wurde ein im Frühjahr vorliegen Jahres von dem früheren Abgeordneten Meberhölz eingehend über den Achtstundentag besprochen, wobei Abg. Glodner (Dem.) feststellte, daß es sich damals nicht darum gehandelt habe, eine Preisse in den Achtstundentag zu schlagen. — Abg. Freidhof (U.S.P.) bemängelt die Ausbildung der Lehrlinge in der Großindustrie und Abg. Großhans (Soz.) läßt Kritik an der Tendenz des in Konstantz erscheinenden „Gewerkschaftersboten“. Minister Kemmele erklärte, daß diese Zeitung keine staatliche Unterstützung beziehe. Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) bezeugte es als aufführend, daß die sozialdemokratischen Zeitungen allein den Anruf zur Zeichnung für das Badenwerk nicht erhalten hätten.

Der Antrag des Abg. Marum (Soz.) und Gen. über die Vertretung der gewerkschaftlichen Organisationen in der Landesauftagsstelle wurde einstimmig (bei zwei Stimmenenthaltungen) angenommen. Damit war die Position „Handel und Gewerbe“ erledigt. Weiter wurde noch genehmigt, die Position „Landesstatistik“. — Bei „Uebergangswirtschaft“ kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Abg. Maier (Soz.) und Sad (Str.). Abg. Schöfer (Str.) hat den Präsidenten die Sitzung zu schließen, da die Stimmung eine zu gereizte geworden sei. — Frau Niesel (Str.) und Frau Abg. Bernas (D.S.P.) wiesen eine Bemerkung des Abg. Fischer-Cabr (D.S.P.) über die Frau Abg. Unger als ungehörig zurück. — Nachmittags 1/4 Uhr wird die Beratung fortgesetzt.

Zu Beginn der heutigen Nachmittagsung wurde der Abg. Fischer (Cabr) nachträglich vom Präsidenten wegen einer in der Vormittagsung gegen die Abg. Frau Unger (U.S.P.) gerichtete Bemerkung zur Ordnung gerufen. Bei dem Titel gemeinnützige Anstalten rühmte Frau Abgeordnete Straub die von Badischen Frauenvereinen geleistete Tätigkeit und die Arbeit der Großherzogin Luise. Abg. Bod (Komm.) bedauerte, daß in dem Voranschlag keine Summe für das hungernde Sowjetrußland eingestellt worden sei. Er bittet, in den Voranschlag für diese Zweck 100 000 M. einzustellen. Abg. Maier (Deutschnatl.) bemerkt dazu, seine Fraktion habe Mitleid mit den Sowjetrussen und den Deutschen in Rußland, aber alles andere sei abzulehnen. Wenn Sowjetrußland hunger, soll es sein Geld nicht für revolutionäre Zwecke nach Deutschland schicken. Beschlossen wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, den kommunalistischen Antrag dem Ausschuss für überweisen. Frau Richter (Deutschnatl.) dankte der Großherzogin Luise und dem Badischen Frauenverein für ihre Liebesfähigkeit. Minister Kemmele führte aus, das badische Volk habe Anlaß, dem Badischen Frauenverein und ähnlichen Organisationen für ihre Tätigkeit dankbar zu sein. Der Staat müsse dafür sorgen, diesen Organisationen über die längere Zeit hinwegzusehen. Das Defizit des Badischen Frauenvereins betrage 573 000 M. Im Folgenden entspann sich eine lebhafte Debatte über die Wohltätigkeit. Schließlich wurden alle Titel des Ministeriums des Innern mit Ausnahme des über Landwirtschaft erledigt. Abg. Maier-Heidelberg berichtete über die Beteiligung des Badischen Staates an der Majolikafabrik.

Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Steta.

647 (Nachdruck verboten.) Irene glättete das Schreiben, das von ihren Tränen tieflich vermischt, von ihren klammernden Fingern zertrümmert worden war.

Wieder las sie die letzten Worte des Bruders: „Irene, ein Sterbender schreibt Dir heute. Die größte Sehne, die hier seit Wochen grassiert, der ich so manches Opfer noch entreißen konnte, hat nun auch mich selbst ergriffen und damit meinen Willen und Wunsch erfüllt. Ich kann nicht mehr lange leben, nach meinem Tode wirst Du diese Seiten erhalten.“

Irene, Du weißt, wie ich Dich geliebt habe mein ganzes Leben lang. Und wenn ich Dich dennoch unglücklich machte und alles, was Du einst erhofftest, zerstörte, so weiß ich doch, daß Du einem Toten nicht mehr großen wirst. Dieses Bewußtsein macht mich ruhig. Verlechte, Dich frei zu machen aus dem Druck, der auf Dir lastet, verlechte ein neues Leben zu beginnen, das ist meine letzte Bitte an Dich.

Horst Volkmer weiß nun alles. Weiß von meiner Schuld und von Deiner Liebe. Ich mußte ihm beichten! Lebe wohl, meine geliebte Irene, wenn die Wünsche eines Sterbenden Kraft besitzen, so muß Du noch einmal glücklich werden im Leben. Lebe wohl. Dein Walter.“

Irene hatte ihren Mann am gestrigen Abend, als er nach Hause kam, mit der Nachricht von Walters Tod empfangen. Er schien ihr ergriffen, verlangte dann Walters Brief zu lesen und als Irene ihm dies verweigerte, war er heftig geworden. Er hatte ihre Ergriffenheit, ihre Trauer nicht respektiert, hatte Irene ihr mangelndes Vertrauen zum Vorwurf gemacht, hatte sich in Anschuldigungen gegen sie ergangen. Sie blieb ganz still, bis ins Innerste verlegt von seiner Art, der ihr Schmerz um den Bruder nicht heiligt haben.

Ohne ein Wort war sie dann von ihm gegangen, ohne einen Gruß hatte er heute das Haus verlassen.

Irene tat das Allereinsten wohl. Sie hatte lange und heiß geweint, und die Tränen hatten ihr Erldung gebracht. Sie brauchte Walters Los nun nicht mehr zu beklagen, ihm war wohl, er hatte die Ruhe gefunden, die seine Tat ihm einst geraubt.

Wieder und wieder las sie seinen Brief, perweilte sie bei den Worten: „Horst Volkmer weiß nun alles.“ Und als legt das Mädchen zu ihr ins Zimmer trat und ihr des geliebten Mannes Karte überreichte, da war Irene nicht einmal überrascht. Sie hatte kein Kommen erwartet.

Sie empfing ihn in ihrem Zimmer, ging ihm entgegen, der bleich, erregt doch mit einem Glücksleuchten in den Augen vor sie hintrat.

Sie drückten sich in stummer Ergriffenheit die Hände.

„Du hast dieselbe Nachricht erhalten wie ich, Irene?“

„Du meinst die Nachricht von Walters Sterben, Horst? Ja, die habe ich erhalten. Und bin innerlich zufrieden, weil er nun fand, was er lange suchte: die Ruhe.“

„Du weißt, Irene, was er mir geschrieben?“

Sie reichte ihm Walters Brief und er gab ihr den, den er empfangen. Und als sie beide geleiten, entsand ein langes Schweigen.

Nun warteten keine Mäkel mehr und keine Geheimnisse zwischen ihnen, nun lagen ihre Seelen offen und frei voreinander. Alles wußten die beiden Menschen nun von sich, alles, was zwischen ihnen gelegen, was sie getrennt und nun wieder verbunden.

Horst küßte endlich in die Stille hinein: „Darum würdest du Helmut Admets Frau, Irene, darum!“

„Ja, weil ich keinen anderen Weg sah, den ich gehen konnte.“

„Und du bist unglücklich geworden an seiner Seite?“

„Ich konnte ihm nicht mehr achten ich hatte ihn nie geliebt. Ich bin sehr einsam geworden, Horst, wir wollen davon nicht sprechen.“

Doch, Irene, wir wollen und müssen nun von uns sprechen. Wollen wir deines toten Bruders Wunsch nicht erfüllen? Wollen wir nicht ein neues Leben aufbauen für dich und für mich?“

Mit großen angelaubigen Augen sah sie ihn an.

„Wie meinst du das, Horst? Ich verleihe dich nicht.“

„Mache dich doch frei, Irene, aus einer Ehe, die dir atemlos ist. Gehe fort von dem Manne, der deiner nicht wert ist.“

„Ihre Arme tanzen ihr schlaff herunter. „Und dann?“

„Frage sie nicht.“

„Dann — kommst du zu mir?“ Wie ein Raubvogel klang seine Stimme.

In tauschungslosem Staunen sah sie ihn an, hob abwehrend die Hände.

„Horst — das ist unmöglich, das kann nie sein!“

„Irene, warum nicht? Was wäre stärker als unsere Liebe?“

„Die Sch. Ich, die amüthen uns liegt!“

„Er aber schüttelte mit erstem Lächeln das Haupt.“

„Nein, Irene! Einmal konnte uns diese Tat trennen, heute nicht mehr. Heute, da sie geliebt ist. Und wir beide sind frei von jeder Schuld. Wir können uns in die Augen blicken, wir können hochgehobenen Hauptes Seite an Seite gehen. Wir täten nichts, was das Licht schaut.“

„Aber mein Bruder tat es. Horst, wir kommen nicht über den Tod hinweg!“

„Da nahm er sie behutsam in seine Arme, sah ihr dacht, ganz dicht in die nunverwunden Augen.“

„Stärker als der Tod ist die Liebe, Irene! Sie fähnt uns zusammen.“

„Du töntest zu denken, Horst, du? Der das Verbrechen kennt, der von der Schuld immer als von einem Gefühl tracht, aber das man nicht hinwegkommen kann?“

„Gehe ich, Irene! Denn wenige Menschen kennen wie ich die Seelen, wenige führt ihr Leben in Abgründe und Dunkelheiten, so wie es mich führt. Ich habe vieles gesehen und kann daher vieles begreifen, vieles verstehen, vieles versehen. Und ich weiß, daß die Schuld, die zwischen uns lag, seit langem tot ist, nun, da auch Walter seine at gelübt. Und nicht mehr unter den Lebenden weilt.“

„Über den Tod triumphiert das Leben, über die Schuld die Liebe. Das Leben sendet uns seinen Ruf, Irene. Wollen wir nicht folgen?“

(Fortsetzung folgt.)

Badische Politik.

Schulfragen.

Bei der im Haushaltsauschuss des Landtags fortgesetzten Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts warnte ein Abgeordneter der Zentrumsfraktion vor dem Hochschulfundus; es seien schon jetzt zu viele Anwärter für den Staatsdienst da. Ein demokratischer Redner ging auf die Reform des Gymnasiums näher ein und sprach sich für die Oberstufe aus. Auf die Volksschule soll ein abgekürzter Lehrgang mit etwa 6 Jahren folgen. Man sieht oft zu spät ein, daß man für ein Kind nicht die richtige Schule gewählt hat. Ein Probeverfahren von 14 Tagen reicht nicht aus, es müßten Probeklassen eingerichtet werden.

Ein deutsch-nationaler Redner bemerkt: Der Aufstieg der Begabten hängt oft vom Zufall ab; er dürfte aber nicht künstlich gefördert werden. Die Entscheidung über die Auswahl der Schule muß bei den Eltern liegen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde gewünscht, den Gemeinden die Erhebung des Schulgeldes zu überlassen, weil diese die Verhältnisse der einzelnen kennen.

Ungleichzeitig beschäftigte sich dann der Unterrichtsminister Dr. Hummel mit den aufgeworfenen Fragen. Vor der Erhebung des Schulgeldes durch die Gemeinden warnt er; wir gehen in der Besetzung von Schulgeld sehr weit. Aber mit dem Schulgeld allein ist es bei dem Betrag der Mittelschule nicht getan. Bei der Aufnahme der Begabten bedarf es des Zusammenwirkens zwischen Volks- und Mittelschulen. Im übrigen sollte man das Studium nicht überfordern, sondern auch an die Bedeutung eines tüchtigen Kaufmanns, Landwirts, Handwerfers und sonstiger Berufe denken. Die zurzeit auf den Hochschulen und Mittelschulen geleistete Arbeit sieht qualitativ nicht mehr hinter der vor dem Kriege zurück, sie ist also besser geworden. Man muß bezüglich der geplanten Oberstufe verständig vorgehen. Dagegen bedürfen wir dringend der Aufbauschule. Vom Lande sollen mehr Kinder die höheren Schulen besuchen. Der Minister gibt noch eine Statistik über die Religionszugehörigkeit der an höheren Schulen Badens wirkenden Lehrer bekannt, die von einem demokratischen und einem volksparteilichen Redner nicht begrüßt wird, weil sie, wie der letztere bemerkt, auch einmal auf die Zugehörigkeit der Lehrer zu den politischen Parteien angedeutet werden könnte. Nach der vorgelegten Statistik ist es 725 katholische, 473 evangelische, 35 israelitische und 11 altkatholische Lehrer. Von den Direktoren sind 45 katholisch, 3 evangelisch.

Auf die Bemerkung eines Zentrumredners, daß er die Statistik zur Abwehr gebraucht und nur deshalb verlannt habe, erklärt der Minister, daß er die Statistik für das Unterrichtsministerium benötige, lediglich deshalb sei sie hergestellt worden.

Soziales.

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerkrankenbeschädigter.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten schreibt uns: Die Novelle zum Gesetz über die Beschäftigung Schwerkrankenbeschädigter erscheint nicht mehr vor dem 1. April 1922. Die Kündigungsbeschränkung wird voraussichtlich bis zum 1. Oktober d. J. verlängert werden. Der Entwurf zu dieser Verordnung lautet wie folgt:

§ 1.
Die in § 18 Abs. 1 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerkrankenbeschädigter vom 6. April 1920 (R.G.B. I. S. 453) bestimmte Frist, innerhalb deren eine Kündigung nach § 12 Abs. 1 dieses Gesetzes einem Schwerkrankenbeschädigten gegenüber erst wirksam wird, wenn die Hauptfürsorgestelle zugestimmt hat, wird bis zum 1. Oktober 1922 verlängert. Bis zum gleichen Zeitpunkt bleibt die mit Zustimmung des Reichsrats und eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstags erlassene Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Verlängerung der Kündigungsbeschränkung zugunsten Schwerkrankenbeschädigter vom 28. April 1921 (R.G.B. I. S. 494) in Geltung.

Baden und Nachbarstaaten.

Karlsruhe, 22. März. Nach zu sämtlichen Beschlüssen des Landtags besuchten gestern Abend das badische Landesparlament. Die von Kapellmeister Alfred Lorenz geleitete und mit den ersten Kreislern besetzte Aufführung des „Fidelio“ nahm einen ausgezeichneten Verlauf und befriedigte in jeder Hinsicht. Nach der Vorstellung waren die Abgeordneten, sowie die Vertreter der Regierung, der Behörden, der Presse Gäste der Stadt Karlsruhe in den vornehmen Räumen des Künstlerhauses.

Karlsruhe, 22. März. Im badischen Landesamt für Arbeitsvermittlung fand eine Versammlung über die Reorganisation der Berufsberatung in Baden statt, wobei das Arbeitsministerium, das Unterrichtsministerium, das Ministerium des Innern, das Landesgewerbeamt, das Gewerbeaufsichtsamt, die Hauptfürsorgestelle für Arbeitsbeschädigte, die Landwirtschaftskammer, Vertreter aus Handwerk, Industrie, Handel, Verzeigung, aus den drei Konfessionen, aus den Arbeitsnachweisen, den Gewerkschaften, den Gewerbe- und Handwerkervereinigungen und den Frauenorganisationen zugegen waren. Die Versammlung war sich einig darin, daß dem Landesamt für Arbeitsvermittlung die Zentralstelle für Berufsberatung in Baden zu übertragen sei. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, daß das Landesamt die ganze Berufsberatung an sich zieht, diese soll vielmehr nach Möglichkeit dezentralisiert werden. In den größeren Städten sollen bei den badischen Arbeitsämtern besondere Berufsberatungsstellen eingerichtet werden. Zur Mitarbeit sollen sämtliche interessierte Kreise herangezogen werden, vor allem will auch das Landesamt für Arbeitsvermittlung einen besonderen Beirat für Berufsberatung angliedern und auch Fachauschüsse für Berufsberatung bei den einzelnen Arbeitsnachweisen schaffen.

Karlsruhe, 22. März. Die nächste Gerichtsprüfung der Geschlechtsprüfung wird in der zweiten Hälfte des Monats April 1922 abgehalten werden. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind spätestens bis 1. April 1922 auf dem Dienstweg beim Justizministerium einzureichen.

Forstheim, 22. März. Ein 16½-jähriges Mädchen kam in dem Zimmer seiner Behausung dem Dien zu nahe, wobei die Kleider in Brand gerieten. Das Mädchen starb an den ersten Brandwunden.

Mannheim, 22. März. Die Fleischpreis-Kommission gibt bekannt, daß der Fleischpreis um 4 Mk. pro Fund herabgesetzt wird. Die „Volkstimme“ führt dies darauf zurück, daß die Fleischpreis-Kommission falsch gerechnet habe, als sie den Preis auf 34 25 Mk. festsetzte. — In der Bad. Antin- und Sodaabrik in Ludwigshafen wurde der Wächter Heintz Brunner von einigen Burschen, die an sich in der Fabrik befinden wollten und von dem Wächter dabei abgehalten worden waren, überfallen und ausgeraubt.

Dann schüttelten die Burschen dem Wächter eine Säure in die Augen und verprügelten. Der Überfallene ist jetzt völlig erblindet.

Grenzach (bei Birsbrunn), 22. März. Beim Reparieren eines Eisenfasses in einer hiesigen Fabrik erfolgte plötzlich eine Explosion, und der 36-jährige Arbeiter Chr. Büchle wurde so schwer verletzt, daß er starb.

Buchenbach (bei Freiburg), 22. März. Unbekannte Täter brachen in die hiesige Kirche ein und raubten aus dem Tabernakel einen Speisekelch. Außerdem nahmen sie einige Kränze und Altartücher mit.

Langenetz (bei Freiburg), 22. März. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in das Anwesen des Landwirts Karl Schäfer. Während das Wohnhaus gerettet werden konnte, brannte die Scheune vollständig nieder. Der Schaden beträgt 100 000 Mark.

Brennet (bei Säckingen), 22. März. Die hiesige Mechanische Spinnweberei errichtet auf dem Humberg einen Sammelweber, in den während der betriebsfreien Stunden das Wasser hinaufgepumpt wird, um es dann während der Betriebsstunden auf eine Turbine zu leiten. Die Anlage kostet mehrere Millionen Mark.

Willingen, 22. März. Bei der Ortsvorsteherwahl in der nahen württembergischen Stadt Schwenningen wurde Oberbürgermeister Dr. Braunagel mit 2610 Stimmen wiedergewählt. 1931 Stimmen fielen auf den Gegenkandidaten. Die Wahlbeteiligung war schlecht.

Waldshut, 22. März. Das Schwurgericht hat seine Beratungen aufgenommen. Wegen eines Meinungs in einem Unterhaltungsprozess wurde die Lina Giller aus Maulburg zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Aufstörung zum Meineid stand danach der Fabrikarbeiter Oskar Bromberger von Gündelwangen vor dem Geschworenengericht. Er erhielt 1 Jahr 2 Monate Zuchthaus.

Aus Stadt und Bezirk.

— Weiser Frühlingsanfang. Wie wenig sich die Natur um den Kalender kümmert, sieht man am diesjährigen Frühlingsanfang. Während der Winter sich mit einem ungemütlich-nachhaltigen Regenwettertag nicht gerade sehr hübsch verabschiedete, hat der Frühling seine Regenthaftigkeit zur all gemeinen Überraschung mit nicht endenwollenem Schneegestöber, angetreten. Einen solchen Regenerungsantritt des Jahres 1922 hat noch dem vielversprechenden Vorfrühling niemand erwartet. Der junge Lenx wird sich aber durchsetzen und dafür sorgen, daß das weiße Kleid, das jetzt die Natur so ungeliebt trägt, nur eine vorübergehende Mode ist. Bald wird er uns wieder sonnig-blaue Tage schenken und alles grünen und blühen lassen einem neuen Sommer entgegen.

— Der Kuckuck. Der Kuckuck läßt schon seit geraumer Zeit da und dort seinen netzigen Ruf ertönen. Schon seit den ältesten Zeiten gehört er zu den Verkündern des Frühlings. Als Wälderogel des deutschen Heimatums galt es als weisend und prophezeitend: „Das weiß der Kuckuck!“ Noch heute kommt ihm diese Bedeutung zu. Wird er beim ersten Ruf, den man zu hören bekommt, gefragt, wie lange man noch zu leben habe, so gibt er durch die Zahl seiner Töne die Jahre des Lebens an. Sein erster Ruf ist Zaubersprache. Wer den Geldbeutel schüttelt, hat das ganze Jahr Geld! Wer aber dabei kein Geld in der Tasche hat, dem fehlt es das ganze Jahr hindurch; und wer Hunger hat, der hat ihn auch über das ganze Jahr! In der Regel läßt sich der Kuckuck bis Mitte Juni hören. Soll er noch nach Johanni rufen, so soll ein unruhmreiches Jahr folgen. Der Frühlingsvogel, so sehr er in deutschen Landen begrüßt wird, steht nach dem Volksglauben mit dem Teufel in Beziehung, und daraus erklären sich auch die verschiedenen Redensarten: „Geh zum Kuckuck!“ — „Hol dich der Kuckuck!“

— Getreidemalage und Kartoffelbewirtschaftung. Auf der am Dienstag in Berlin gehaltenen Konferenz der Ernährungsminister sprachen sich sämtliche Länder, mit Ausnahme Bayerns, dessen Vertreter sich eine endgültige Stellungnahme vorbehält, für die Beibehaltung der Getreidemalage aus. Ueber die Höhe der Umlage gingen die Meinungen allerdings weit auseinander. Festgestellt wurde auch, daß schon die Erhebung der bisherigen Umlage von 2½ Millionen Tonnen große Schwierigkeiten ergeben habe. In der Frage der Kartoffelversorgung herrschte Einigkeit darüber, daß die freie Wirtschaft zu den größten Schwierigkeiten der Ernährung geführt hat. Die Auffassung der Konferenz wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die vom Reichsernährungsministerium bestimmte Vorschläge für die Erfassung der Kartoffeln verlangt, zum Ausdruck gebracht. — Als Kandidaten für das Reichsernährungsministerium werden neuerdings auch die früheren Direktoren der Landw. Hochschule Hohenheim, Warmbold und Aereboe, genannt.

— Neue Freimarken. Folgt die neue Freimarken sind in der Reichsdruckerei fertiggestellt: zu 80 Pfg. (Edmi bearbeiter, in Bogen und Rollen), zu 50 Pfg. (Ziffre, in Rollen) zu 75 Pfg. (Germania in Bogen und Rollen), zu 1½ Mk. (Germania, in Bogen und Rollen), zu 150 Pfg. (Landarbeiter, in Bogen), zu 3 und 4 Mk. (Entwurf Sz. Hofst, in Rollen), zu 5 und 10 Mk. (Entwurf Haas, Ziffern).

— Pflanzenmilch. Der Chemiker Gustav Funk berichtet in der Zeitschrift „Natur“ von seinen Versuchen, Pflanzenmilch als vollwertigen Ersatz für Kuhmilch zu schaffen. Als Rohstoffe kamen in Betracht Sojabohnen, Erdnüsse und ähnliche Delfen, die mit Wasser zerreiben, milchähnlich Emulsionen bilden. Nach zehnjährigen Versuchen gelang es, durch Anschließern aus verschiedenen Delfen Milch zu erhalten, die 1 Prozent mehr Fett, 1,5 Prozent weniger Stickstoffgehalt, aber den Kohlenhydrate und Salzgehalt in der gleichen Menge wie Kuhmilch enthält und im Preise etwa zu 1/3 billiger ist als der heutige Landwirtschafsmilch für Kuhmilch.

— Erhöhung der Gebühren für Pakete, Telegramme und Ferngespräche im Auslandsverkehr. Die weitere Verschlechterung des deutschen Marktes zwingt die Postverwaltung, bei der Gebührenerhebung im Auslandsverkehr und Ferngesprächen das seit dem 10. März auf 50 Mk. für den Goldmark festgesetzte Um-

rechnungsverhältnis abermals und zwar mit Wirkung vom 24. März an auf 56 Mk. zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

— Frauen als Schöffen und Geschworene. Im Rechtsauschuss des Reichstags wurde in der Dienstagssitzung der Gesetzentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamt in 2. Lesung angenommen. Bei Par. 35 wurde der Beschluß 1. Lesung bestätigt, welcher Frauen, die zwei und mehr noch nicht schulpflichtige Kinder haben oder glaubhaft machen, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert, die Ablehnung des Schöffenamtes freistellt. Ein Antrag der Unabhängigen, der die Ablehnung verneint, wurde abgelehnt.

Vermischtes.

Neuzittliches. In der jüngsten Sitzung des Schöffengerichts Regensburg genügte zum erstenmal Fürst von Thurn und Taxis seiner Bürgerpflicht als Schöffe. Der Zufall wollte es, daß als zweiter Schöffe der fürstl. Baamwärtler Beiaert mitwirkte.

Ein weiblicher Verteidiger. Am Bonner Gericht trat dieser Tage zum erstenmal ein weiblicher Verteidiger auf. Die junge Dame, Referendarin Weines von hier, verteidigte zwei Knaben, die des schwereren Diebstahls bezichtigt waren. Von den im Sitzungssaal anwesenden männlichen Kollegen wurde die junge Verteidigerin, die sich ihrer Klienten mit großer Wärme annahm, aufs herzlichste beiläufig begrüßt.

Wieder eine Entführung im Auto. Ein junger Mann aus Schrum (Mühlheim a. N.) wurde am Schloß Eyrum von einem Unbekannten überfallen, bewußtlos gemacht und in diesem Zustande in ein Auto geschleppt. Als er erwachte, befand er sich in einem Eisenbahnabteil zweiter Klasse, in dem sich auch ein französischer Offizier befand. Ein Befreiungsversuch war vergebens. Erst bei der Ankunft des Zuges in Trier gelang es dem jungen Mann zu entfliehen.

„Deutsche Glode am Rhein“. Die Kölner Domglocke, die größte Glode Deutschlands, geht wieder ihrer Auferschließung entgegen. Das Kölner Domkapitel hat sich entschlossen, die ehemalige Kaiserglode, die wie so manche andere ein Opfer des Krieges geworden ist, erneut gliedern zu lassen. Mit der Ausführung ist eine Glodengießerei in Ubolda beauftragt worden. Die neue Glode wird ein Gewicht von rund 500 Ztr. aufweisen und etwa 3 25 Meter Durchmesser erhalten. Sie wird den Namen führen: „Deutsche Glode am Rhein“.

Wismarck und das Eisene Kreuz. Der häßliche Streit um das Eisene Kreuz in einer der jüngsten Sitzungen des deutschen Reichstages erinnert uns daran, daß schon im Kriege 1870/71 die Meinungen darüber geteilt waren, ob das Eisene Kreuz nicht vielleicht zu reichlich verliehen werde. Mit welchem Humor Wismarck diesem Meinungsstreit gegenüberstand, zeigt folgende Tatsache: Ein regierender Herzog äußerte sich 1870 eines Tages im Gespräch mit Wismarck tadelnd über die allzu reichliche Verteilung dieses Ehrenzeichens. Der Kanzler aber entgegnete: „Die Verteilung des Eisernen Kreuzes erfolgt aus zweierlei Gründen: entweder haben es die damit Geschmückten wirklich verdient, dann läßt sich nichts dagegen sagen; oder es wurde lediglich aus Höflichkeit gegeben, wie Euer Hoheit und mir, und dann läßt sich auch nicht viel dagegen einwenden.“

Heinz von Opel verschüttet? Der 22-jährige Sohn des bekannten Großindustriellen Opel, Heinz von Opel, wird seit einigen Tagen vermisst, und es ist zu befürchten, daß er ein Opfer der Berge geworden ist. Er ist der einzige Sohn Heinrich von Opels, der als Kennzeichen für seine Heimat bekannt ist. Er befand sich in Kitzbühl und hat von dort aus eine Tour in das Großglocknergebiet in Begleitung des ehemaligen Hauptmanns der Tiroler Landesjäger, der als berg- und landeskundig bekannt ist, unternommen. Von dieser Tour ist er nicht mehr zurückgekehrt. Als er zur festgesetzten Zeit nicht wieder in Kitzbühl erschien, hat man von dort aus Nachforschungen angestellt und, als diese erfolglos blieben, die Familie benachrichtigt. Sein Vater reiste sofort nach Kitzbühl und hat dort eine große Rettungsexpedition ausgesendet, die mehrere Tage in den Bergen herumjuchte, ohne eine Spur von den Vermissten zu finden. Man konnte trotz der inzwischen verstrichenen Zeit die Spur der mit Eskimoes ausgestatteten Bergsteiger an dem Großglockner noch bis zu einer Höhe von 3200 Metern verfolgen. Hier wurde die Spur von einer Lawine gekreuzt, die im Augenblick des Passierens an dieser Stelle niedergegangen sein und beide verschüttet haben muß. Der Versuch, Bergungsarbeiten einzuleiten, konnte bisher wegen heftiger drohender Lawinengefahr noch nicht unternommen werden.

Opfer eines bösen Scherzes. In Wuselwitz bei Dets in Schlefien verbanden zwei Schlosser die Türklinke mit dem elektrischen Leitungsdraht, um einen Kollegen zu ärgern. Der 18-jährige Schlosser Glucke, der sich vor seiner Abreise nach Köln verabschieden wollte, wurde beim Anfaß der Türklinke durch den elektrischen Strom sofort getötet. Die beiden Freunde haben sich nun wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten.

Eine teuere Gans. Vor einigen Wochen war vom Schöffengericht Bamberg eine Bauerfrau zu 3000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie für eine Gans mit einem Lebendgewicht von 11 Pfund 160 Mk. verlangt hatte. Gegen dieses Urteil legte die Verurteilte Berufung zur Strafkammer ein, vor der vier Sachverständige auftraten. Die Berufung wurde verworfen. Die Gans kostet jetzt annähernd 10 000 Mk.

Chrenbreitstein wird nicht entseigt. Wie der „Koblenzer Zeitung“ von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wurden die Verhandlungen wegen Entseigung von Chrenbreitstein abgeschlossen und bestimmt, daß die alte Feste voll und ganz erhalten bleibt.

Vom Wiederaufbau des Dessauer Theaters. Bis jetzt sind an freiwilligen Spenden für den Wiederaufbau des Friedrichtheaters in Dessau 9 Millionen eingelaufen. Der Bau selbst wird allerdings ein Vielfaches dieser Summe verschlingen und ist noch keineswegs finanziert. Die Stimmen mehren sich, die den Bau an der alten Stelle empfehlen. Auch der Berliner Branddirektor Reichel hält diesen Platz feuerwehrentechnisch für unbedeutend.

Einladung
an der am
Dienstag, den 28. März 1922,
nachmittags 5 Uhr,
im Rathensaal stattfindenden
Bürgerausbildung.

- Tagesordnung:**
1. Wohnabgabe und Wohnungsbau 1921/22 (Vorlage Nr. 56)
 2. Erstellung von Wohnungen für Postbeamte (Vorlage Nr. 64)
 3. Fortbildungsschulunterricht, Erlassung eines Ortsstatuts (Vorlage Nr. 65)
 4. Erweiterung der Schulfäche im Hindenburgschulhaus (Vorlage Nr. 58)
 5. Beschaffung einer Einrichtung für den Gemeinderatsitzungsraum (Vorlage Nr. 57)
 6. Einteilung der Kesselfeldhebung in Erbbaupläge (Vorlage Nr. 59)
 7. Verkauf eines Bauplokes an der Dürbachstraße (Vorlage Nr. 66)
 8. Erhebung der Gebühren für Auswärtserteilung bei der polizeilichen Meldestelle (Vorlage Nr. 60)
 9. Erhebung einer Gebühr zur Deckung der Verschleißkosten der Ortsstellen (Vorlage Nr. 67)
 10. Prüfung der Gemeinderrechnung für das Jahr 1919 (Vorlage Nr. 61)
 11. Prüfung der Rechnung der Stadt Sparkasse für das Jahr 1919 (Vorlage Nr. 62)
 12. Verabschiedung der Rechnung des Kommunalverbandes für das Jahr 1919 (Vorl. Nr. 63)
 13. Prüfung des Kommunalverbandes Durlach-Stadt für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. März 1921 (Vorlage Nr. 68)
- Durlach, den 22. März 1922.
Der Bürgermeister:
Dr. Bierau.

Volksbrennbad in der Hindenburgschule betr.

Der Preis für ein Volksbrennbad in der Hindenburgschule beträgt vom 1. April 1922 ab 1 Mt.
Das Bad ist geöffnet:
für Männer jeweils Samstag 3-6 Uhr.
Wir machen auf das Bad besonders aufmerksam.
Durlach, den 13. März 1922.
Gemeinderat.

Volksbäder.

Der Preis für die in der Badeanstalt des Bädermeisters Heinrich Reider hier, Hauptstraße 21, abzugebenden Volksbäder (Donnerstags) wird künftig ab 3 - niedriger sein, als der jeweils von der Badeanstalt festgesetzte allgemeine Badepreis.
Die Karten für die Volksbäder werden an der Polizeiwache (Schloßstraße) abgegeben.
Durlach, den 16. März 1922.
Gemeinderat.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 24. März 1922, vormittags 11 Uhr, werde ich in Durlach im Pfandlehlokal Hauptstraße 71 im Vollstreckungsweg gegen bare Zahlung öffentlich versteigern:
1. Badeeinrichtung mit Gasbadeofen.
Gerzog, Gerichtsvollzieher



- empfehlen
**Schweine-
salz**
Pflanzenfett
Margarine
Bfd. 27.—
Eiernudeln
Bfd. 14.—
Maccaroni
14.— 16.—
in Paketen
17.—
mitwürstl
10.— 12.—
Birnenjahnitz
Bfd. 7.—
Apfelfahnitz
Bfd. 8.—

Vortrag mit Lichtbildervorführung

von Herrn Professor Dr. Luß am Kinderkrankenhaus Karlsruhe am nächsten
Donnerstag, den 23. März 1922, abends 8 Uhr
im Rathensaal.

Thema: „Gesundheitspflege des Kindes“.

Der Besuch dieses Vortrags ist unentgeltlich und kann Interessenten nur wärmstens empfohlen werden.
Stadt. Fürsorgeamt.

Homöopathie / kombiniert rationelles / Spezialbehandlung alter chronischer Naturheilkunde / Heilverfahren / langjähriger Leiden / 14-jährige Praxis

Karl Teschke, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstr. 36, Haltestelle der Elektr. Parkstr.-Linie 4 u. 6, Ecke Georg-Friedrichstr. Sprechstunde 9-1 u. 2-5 Uhr, ausser Dienstag u. Freitag.

Frauenleiden, Gallensteine, Kropf, Magengeschwüre u. Polypen, heilbar ohne Operation, Epilepsie, Herz-, Lungen-, Nerven-, Magen-, Darm-, Leber- und Nierenleiden, Gicht, Rheumatismus, offene Füße. — Lungenleiden im II. Stadium noch heilbar. — Harn- und Geschlechtsleiden, Ausheilung ohne Spritzen, keine Unterdrückung, da s wie bei anderer Behandlung noch nach Jahren die schweren Folgen davon auftreten.

Erfolg

bringt Ihnen das
Insrieren im
Durlacher Tageblatt.
Selbst die
kleinsten Inserate
werden gelesen, das
beweisen uns die
tägl. zahlreich ein-
laufenden Offerten.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, 26. März 1922, nachmittags 5 Uhr, findet im Relegations-Sitzzimmer der Synagoge
Gemeindeversammlung
der israelitischen Gemeinde statt, wozu die Gemeindeglieder eingeladen sind. Tagesordnung: Voranschlag für das Jahr 1922.
Grüßungen, den 22. März 1922.
Synagogenvorstand:
Simmmer
Laden
mit Taxischlüsselung sofort od. sp. zu vermieten. Näher. Kesselfeldstr. 12

Gesucht
2 kleinere oder 1 groß. unmöbl. Zimmer am liebsten Turmbergweg, od. Nähe Mädchenbürgerschule u. Lehrerin. Angebote unter Nr. 140 an den Verlag d. Bl.
Unterhaltenes
Damenrad zu kaufen, wenn auch ohne Bereifung. Zu erfr. im Verl.

**Jeden Freitag
gehackte Leber**

per Pfd. 20 M
sowie täglich frisches
Sackfleisch
per Pfd. 32 M
Karl Knecht, Metzgerei u. Würstlerei,
Kellerstraße 10.

**Morgen junges
Ruhfleisch**

per Pfd. 20 M
Wirtschaft und Metzgerei
„Zur Goldenen Gerste“
Ede Friedrich- u. Wilhelmstraße.
Morgen Freitag:

Gehackte Leber
empfiehlt
Karl Rauffmann, Metzgerei,
Mollstraße 15.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G.

gegründet im Jahre 1785 durch W. H. Ladenburg & Söhne, Bankhaus in Mannheim.
Eigen-Vermögen 227 Millionen Mark.

Filiale Durlach, Hauptstrasse 32

Telefon Nr. 30 und 185.

Centrale Mannheim.

Filialen:

- | | | |
|----------------|-------------------|----------------|
| Aixoy | Kaiserslautern | Offenburg |
| Baden-Baden | Karlsruhe | Oppenheim |
| Bruchsal | Achl a. Rh. | Pforzheim |
| Durlach | Lahr i. B. | Pirmasens |
| Emmendingen | Landau | Rastatt |
| Freiburg i. B. | Lörrach | Singen a. H. |
| Gernsbach | Ludwigshafen | Villingen |
| Heidelberg | Neustadt a. d. E. | Weinheim a. B. |
| | | Worms a. Rh. |

Wechselstuben:

Karlsruhe, Hauptbahnhof; Basel, Badischer Bahnhof. Frankfurt a. M., Bankhaus E. Ladenburg.

Sorgfältige Erledigung aller Geldgeschäfte. Spareinlagen werden sehr vorteilhaft verzinst.



Nur noch heute:

Der Detektiv
Vic Carter
Bruno Eichgrün
mit seinem Groom
Willi Allen
dem Reardbener
in seinem neuesten
sensationalen Erlebnis:

**Der
Passagier
in der
Zwangsjacke**

in fünf großen Akten.
Ferner:
Gerhard Dammann
mit
Hansi Dege
in
Der 70. Geburtstag
ein Lustspiel in 2 Akten.

Beginn:
pünkt 7 und 9 Uhr!

Kugenehm geheizt!

Früh eingetroffen

Rablian
Schellfische, große
grüne Heringe
Süßbücklinge
Seeaal, Seelachs
empfiehlt
Otto Schöffler
Hauptstraße 38.

Blane Arbeitsanzüge,
Drill- u. Anzüge,
Kräftige Arbeitshosen,
Manchesterhosen,
Barne Lodenjoppen,
offiziert Weinraub's
An- u. Verkaufsgesch.
Karlsruhe, Kronenstr. 52.

Turnverein Durlach 1878
Gut Heil!

Am kommenden Samstag, den 25. März, abends 8 Uhr beginnend, veranstalten wir in dem Saal der „Vine“ zu Ehren unserer erfolgreichen Fußballmannschaft einen

Familienabend

mit Theater, humoristischen Vorträgen u. Tanz.
Dazu laden wir unsere sämtlichen Mitglieder mit der Bitte um recht zahlreichen Besuch herzlich ein.
Saalöffnung 1/8 Uhr.
Einführungsrecht streng aufgehoben.
Mitgliedskarten sind vorzulegen.
Der Turnrat.

Löwenbräu.

Großes
Schlachtfest.
Sonntag von 5 Uhr ab:
Konzert.

Rümmel
Wachholder-Rolarer
die 1/2 Liter-Flasche 31.— M.
Urban Schurhammer
Weinhandlung, Brauereibrennerei
Blumenstraße 13

Offenbach. Lederwaren

noch sehr preiswert
Kofferhaus Geschw. Lämmle, Karlsruhe, Kronenstr. 51.
Damentaschen o. Brieftaschen
Besuchtaschen o. Aktenmappen
Berufstaschen.

Berein für Homöopathie
und Naturheilkunde
Durlach.

**Patent-
Bettröste**
beste Ausführung
mit 34 Federn
**Woll-Matratzen
und Schoner**
als unübertroffen
überall bekannt,
kann man noch billig bei
Eugen Schaeffer,
Durlach, Hauptstr. 81.

Mädchen gesucht!
das Obern die Schule
verläßt, in kleinen
Haus, als Zweit-
mädchen
Weißstraße 24
Vorzustellen nur nach-
mittags oder abends.

3 Paar Schuhe
Nr. 43, getragen, zu
verkaufen
Kronenstr. 18, 3. Etz.
Heiterer

Kinderwagen
zu verkaufen
Höfel, Hauptstr. 44.

1 Herd gut erhalten
zu verkaufen
sowie Säge jeder Art
kauft.
Weber, Kellerstr. 1.

Pfirten Busch- und
Dalbäume
sowie Johannis- und
Himbeerzweige hat ab-
zugeben. E. Kappeler,
Ertlingerstraße 42.

Zu verkaufen
fast neuer
Kinderwagen
Aue, Waldhornstr. 66.

Ein guterhaltener
Spitzummet
zu verkaufen. Wolfart-
weier, Gisingerstr.
Marktplatz 2, 2. Etz.